

Beilage zu Nummer 60 der Volksstimme.

Samstag den 11. März 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 11. März 1916.

Kartoffelnot.

In fast allen großen und in vielen kleinen Städten macht sich plötzlich eine wahre Kartoffelnot bemerkbar. Trotz aller Bemühungen sind keine Kartoffeln zu bekommen. Viele Städte stehen tatsächlich vor dem Nichts. Und das in einem Augenblick, wo der Kartoffelpreis um ein bedeutendes erhöht wurde!

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung war die Kartoffelnot am Donnerstag Gegenstand eingehender Erörterung. Unter Genosse Bumm kennzeichnete dabei die Situation in folgender Weise:

Die Agrarier behaupten, hier sei ein so ungeheurer Überfluß aufgedampft worden, daß Berlin gar keine Berücksichtigung verdient. Anders als in Berlin und in den anderen Städten sieht es im Lande aus, aber darüber erfahren wir nichts, über die Vorräte bei den Erzeugern, auf die es doch ankommt, wird keine Erhebung veranstaltet, da bleiben wir auf Schätzungen angewiesen. Von mindestens 50 Millionen Tonnen Kartoffelernte brauchen wir für die menschliche Ernährung nur 15 Millionen; die von jetzt ab noch notwendige Menge von 3 Millionen muß unbedingt noch da sein. Aber sie sind nicht da; überall in den städtischen Gemeinden herrscht die traurigste Kartoffelnot. Vor einem Jahr erlebten wir das selbe Trauerspiel. Damals, im Februar, März, Anfang April Kartoffelnot und wahnsinnig gestiegene Preise, dann, wie aus dem Boden gezaubert, Kartoffeln in solchem Überfluß, daß sie verfaulen mußten; jetzt dieselben Tatsachen und dieselben Ursachen: Höchstpreise ohne Entzignung und Verschlagnahme. Derartige Höchstpreise sind, das hätte man in den 20 Monaten lernen können, nur ein Anreiz zur Zurückhaltung. Die Landwirte wissen, daß Höchstpreise nur eine vorübergehende Erscheinung sind und die Eigenschaft haben, immer höher zu werden. Alle Verordnungen, die gegen die Zurückhaltung erlassen sind, stehen auf dem Papier; wer das noch nicht gewußt hat, dem hat es Herr v. Oldenburg-Jannitsch mit aller Deutlichkeit gezeigt. Der hat von der Provinzialverwaltung Vertrauen, Grund genug für uns Städter, berechtigtes Vertrauen zu legen. Der eingeschlagene Beitrag, den man gehört hat, ist nicht der, den wir im Reichslande beantragt hatten, der einer Reichsentschädigung für Lebensmittelverknappung anzuschließen war, welche Stelle ihrerseits das Recht der Verschlagnahme und Entzignung haben sollte; jetzt liegt die Ausführung der Verordnungen bei denen, die Herrn v. Oldenburg nahestehen.

Der Herr v. Oldenburg hat die Dinge nicht besser, sondern schlimmer gemacht. Zuerst ein Erzeugerpreis von 2,75 Mark und gleichzeitig die Belastung der Gemeinden mit der Verantwortung für die Versorgung der Gemeindeglieder, ohne daß die Reichskartoffelstelle den Gemeinden das angemessene Quantum zu liefern verpflichtet war. Dann kam die Verordnung wegen Verknappung einer Vergütung an die Landwirte für die Aufbewahrung, dann die gewaltige Androhung von Enteignungen; die Landwirte dachten: „Der Sach ist über“ und lieferten keine Kartoffeln, enteignet wurde nichts. Dann wurden alle Maßnahmen auf den Kopf gestellt, die Verfügungen rückwärts geschoben, aber der Armenverwaltung freigegeben, zu jedem Preise zu kaufen. Schließlich völlige Kapitulation der Regierung vor den Landwirten; der Höchstpreis blieb auf dem Papier stehen, aber den Landwirten ein Preis von 4 Mark garantiert; der Staat macht sich selbst, indem er aus der einen Tasche des Steuerzahlers etwas nimmt und es aus der anderen nimmt, den Vorteil hatten allein die Landwirte. Das nennt man Triumph der Organisation! Mit der Höchstpreisfestsetzung von 2,75 Mark hat man damit geradezu Spott zu treiben verstanden; die Landwirte lieferten auch weiter nichts, sondern warteten auf fernere Erhöhung, und sie haben recht behalten: Die neueste Verordnung bringt ihnen eine ganz gewaltige Erhöhung von 65 auf 90 Mark die Tonne, eine Steigerung von 2,75 auf 4,50 bis 5,25 Mark für den Zentner, wobei dem Anflug mit dem Saatkartoffeln für und für wieder geöffnet wird. Und für alle Eventualitäten wird den Städten die finanzielle Verantwortung aufgebürdet! Diese Mißstände müssen beseitigt werden im Falle der Verzweiflung, müssen Unwillen und Unruhe erzeugen. Und zur selben Zeit, wo man dem Volke die Kartoffeln so verteuert, appelliert man an seinen Opfermut, Kriegsanleihe zu zeichnen!

Das ist eine scharfe, aber treffende Kennzeichnung der verfahrenen Situation, in der wir uns befinden. In Frankfurt a. M. liegen die Verhältnisse um kein Haar besser. Seit dem Herbst v. J. hat die Stadt mit ständigen Schwierigkeiten in der Kartoffelbeschaffung zu kämpfen. Trotz aller Bemühungen ist es ihr noch nicht einmal möglich gewesen, allen Kriegsveteranen die im Herbst bestellten Kartoffeln zu liefern; für diese Frauen hat die Kriegsfürsorge noch circa 4500 Zentner zu liefern, die sie nicht kann. Auch sonst fehlt es an Kartoffeln. Unser Vorrat ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Wenn nicht in der nächsten Woche einige Waggons Kartoffeln kommen, sind wir tatsächlich auf dem Trocknen, d. h. wir haben keine Kartoffeln mehr. Und das in einem Jahr reichlicher Ernte!

Wenn angesichts solcher Erscheinungen nicht die Augen aufgehen, dem ist nicht zu helfen.

Städtische Petroleumverteilung. Die nächste Ausgabe von Bezahlkarten für Petroleum durch die Verteilungsstelle, Marktstraße 16, Zimmer 5, erfolgt gegen Vorzeigen der Protokollkarte 1. für Zwecke der Heimarbeit und Landwirtschaft auf Grund eines Berechnungsnaachweises am 11., 13. und 14. März, 2. für andere Verwendungszwecke, soweit weder Gas noch elektrisches Licht zur Verfügung steht, am 16. und 17. März jeweils von 8 1/2 bis 12 und 3 bis 5 Uhr.

Zweckmäßige Ausbarmung von Grundstücken. Aus dem Rathaus wird gefordert: Bekanntlich ist der Magistrat bemüht, schon seit Beginn des Kriegs im Interesse der Versorgung der Bevölkerung den Ausbau von Kartoffeln und Gemüse durch Beroabe jedes verfügbaren Geländes möglichst zu fördern. Es ist ihm gelungen, in allen Teilen hiesiger Gemarkung — wo die Qualität des Bodens auch nur einigermaßen die aufzunehmende Mühe und Arbeit lohnt — keine Absicht zu verwirklichen. Nur in einigen Distrikten, wie Sanner, Vierradter Berg und Wehr, erregen Großflächen das Mißfallen vieler Spaziergänger, die dann mit mißbilligen Vorstellungen oder durch entsprechende Eingaben an den Magistrat ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck geben, daß diese Großflächen nicht für Kartoffel- und Gemüsebau Verwendung finden. Die gute Absicht der Herren Kritiker muß ohne weiteres anerkannt werden. Jedoch überlegen die Herren, daß der Boden der in Frage kommenden Grundstücke ein schwerer, ja der Tonboden mit teilweise bedeutend wasserhaltender Kraft ist, der einer rationellen Bewirtschaftung, besonders jetzt bei dem Mangel an fruchtigen Düngemitteln, große Schwierigkeiten bereitet. Deshalb war man

schon seit langer Zeit darauf bedacht, sobald es möglich erschien, die Grundstücke baldigst in Futterfelder umzuwandeln, weil dadurch der Betrieb einfacher und den Verhältnissen entsprechend lohnender wird. Auch die künftigen städtischen Grundstücke in denselben Gemarkungsteilen werden von den Pächtern in gleicher Weise bewirtschaftet.

Zweiter Volksabend im Königl. Theater. Die Eintrittskarten zu der am Mittwoch den 15. März, abends 7 Uhr, stattfindenden Volksvorstellung zum Preise von 50, 35 und 25 Pfennig sind vom Samstag den 11. März ab im Arbeitersekretariat, Kellerei 49, 2 Treppen, mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr zu haben. Zur Aufführung gelangt: „Der neue Herr“.

Residenz-Theater. Der abwechslungsreiche Spielplan der neuen Woche bringt am Montag die 50. Aufführung des städtischen Spiels „Als ich noch im Klagekleide...“, während am Dienstag das neue geistvolle und lebenswürdige Lustspiel „Die Viebsinsel“ von Reibhart zum ersten Mal wiederholt wird. Die nächste Volksvorstellung zu kleinen Preisen findet wieder am Freitag statt und gelangt zur Aufführung das beliebte Lustspiel „Die große Mode“. Der Vorverkauf beginnt Montag.

Digamie. Die Strafkammer verurteilte die Ehefrau Börner wegen Doppelsehe zu sechs Monaten Gefängnis. Ihr erster Mann, den sie kurz nach der Hochzeit verlassen hatte, steht im Gefängnis.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wiesbaden, 10. März. (Kartellbericht.) Es wird beschlossen, eine Anzahl Werke, die auf dem Büchermarkt neu erschienen sind, für die Bibliothek anzuschaffen. Die Jahresabrechnung sowie die Abrechnung von der Weihnachtsfeier erstattet Genosse Jago. Die Jahreseinnahmen betrugen 479,97 Mark, die Ausgaben 427,29 Mark, verbleibt ein Kassensaldo eingerechnet des angelegten Geldes von 66,05 Mark. Die Einnahmen der Kinderbewachung betrugen 1189,56 Mark, die Ausgaben 1379,25 Mark, Zuzug aus der Kartellkasse 189,69 Mark. Die nachträglich an die Gewerkschaften gerichteten Aufforderungen, Beiträge zur Deckung des Fehlbetrags beizusteuern, hatten nicht den gewünschten Erfolg. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Als Vorsitzender wurde Genosse August Berke, als Kassierer Otto Jago und als Schriftführer Georg Scheffler gewählt. Revisoren sind die Genossen Fritz und Bräunmann. In die „Volksfürsorge“ wurde an Stelle des Genossen Haupt Genosse Scheffler delegiert. Die Lebensmittelversorgung durch die Stadt Wiesbaden wurde eingehend besprochen und beschlossen, an den Magistrat demnächst ein Gesuch zu richten, über Abhilfe einzelner Mißstände bei der Verteilung der Lebensmittel, sowie Vorschläge zu machen für Erleichterung der Kommission für die Preisprüfungsstelle. Allgemein ist man der Ansicht, daß die reinen Konsumantenvertreter bei der heutigen Zusammenkunft nicht genügend berücksichtigt sind. Die Preisprüfungsstelle setzt sich zusammen aus 3 Magistratsmitgliedern und dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden, aus 3 Stadtverordneten, Landwirt Schmidt, Ludwig, Gärtnermeister Widmann, Lederermeister Hiesler. Aus der Bürgerkassette Wehner, Kolonialwarenhandler, Treibler, Geschäftsführer Kaufhaus Halle & Co., Genosse Hilson, Geschäftsführer des Konsumvereins und Adam Gendert, Kolonialwarenhandler.

Schiefflin, 9. März. (Gemeindewahlen.) Am Montag, 20. und Dienstag, 21. März, finden die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Die dritte Klasse wählt am Montag, abends von 6 bis 8 Uhr. Es scheiden aus die Genossen Johann Meier und Fritz Roth. Am Sonntag abends 8 Uhr findet im „Deutschen Hof“ eine Preisprechung statt, wozu die Wahlberechtigten eingeladen werden. Auch sind noch sonstige wichtige Angelegenheiten zu besprechen.

Schiefflin, 11. März. (Kindesausrichtung.) Von Soldaten wurde hier ein etwa ein halbes Jahr altes Kind aufgefunden, dessen man sich anschließend durch Aufheben entledigen will. Das Kindchen fand im Krankenhaus Aufnahme. Nach den Angehörigen, die kaum von hier stammen dürften, wird eifrig geforscht.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden, Sonntag nachmittag 4 Uhr im „Cambrinus“ Gewerkschafts- und Parteiversammlung. Tagesordnung: „Gemeindevertreterswahl“.

Aus den umliegenden Kreisen.

Lebensmittelversorgung im Kreise Höchst.

Ein anderer Parteigenosse aus Höchst schreibt: Verschiedene Berichte, die in der „Volksstimme“ über die Fleisch- und Lebensmittelversorgung im Kreise Höchst — besonders in der Stadt Höchst — erschienen sind, müssen in der Öffentlichkeit den Anschein erwecken, als ob die Organisation geradezu glänzend und ideal sei. Die von der Regierung angeordnete Mästung der Schweine und ihre Abgabe an die Konsumverbände hebt der „bekannte Parteigenosse aus Höchst“ in seinem Artikel vom Mittwoch den 8. März als „besonders verdienstvoll“ hervor. Die Redaktion hat in ihrer Aufmerksamkeit diese recht einseitige Darstellung ins rechte Licht gerückt; wenn sie in der Maßnahme eine einfache Pflichterfüllung sieht. Sie hat allen denen aus der Seele gesprochen, die ein halbes Jahr und länger Schweinefleisch nur noch durch das Schaulenken zu sehen bekamen. Das Volk muß Gut und Blut für nichts und wieder nichts opfern, und kann daher mindestens verlangen, daß die vorhandenen Lebensmittel von denen immer und immer geschrieen wird, sie langten zum „Durcharbeiten“, einigermaßen gerecht verteilt werden. Wenn die Personen, die dabei mitwirken, vom einfachen sozialdemokratischen Gemeindevorteiler bis hinauf zum Bürgermeister und Landrat der Meinung sind, alles getan und alle Mittel erschöpft zu haben, so kann das nur subjektive Meinung sein. Die drei Volksmassen sind jedenfalls der Ansicht, daß es Pflicht wäre, noch viel mehr zu tun, und viel energischer hätte zugegriffen werden müssen. Gerade in dieser Beziehung sind den Landräten und Bürgermeistern weitgehende Vollmachten und Rechte eingeräumt. Nach An-

sicht der notleidenden Bevölkerung werden aber diese Mittel nicht angewandt oder doch nicht immer so ausgenutzt, wie es im Interesse der Ernährung der Familien, besonders der Kinder, angebracht wäre. Schreiber dieser Zeilen erblickt z. B. in der Beschaffung von fetten Schweinen kein so großes Verdienst. Von einem besonderen Verdienst könnte schließlich vielleicht dann geredet werden, wenn Landrat und Bürgermeister durchgreifend dafür sorgen würden, daß das Fleisch auch diejenigen armen Menschen bekommen, die es wirklich bedürftig sind. Wenn der ar. Artikelschreiber meint: „Wir glauben kaum, daß der Herr Landrat sich solche Mühe gegeben hätte, Schweine zu bekommen, wenn er gewußt hätte, in welcher unförmlichen Weise in den Gemeinden gearbeitet wird“, so schätzt er den Landrat sicher falsch ein. Der Landrat kennt meine Ansicht nach seine Landgemeinden und Bürgermeister besser, als der Artikelschreiber glaubt. Es ist einfach seine Pflicht, soviel Schweine für seinen Kreis zu beschaffen, wie er bekommen kann.

Ein Jahr sieben Monate wird jetzt Krieg geführt, Opfer über Opfer werden gefordert, aber Fleisch, Milch, Butter, Fett und Kartoffeln, also die allerwichtigsten Lebensmittel, hat man der Willkür des privaten Handels und der Produzenten überlassen. Die halben Maßnahmen, die zum Teil ergriffen wurden, haben da und dort die Konsumenten obendrein noch geschädigt. So ist es bei der Kartoffelversorgung. Durch das Ausfuhrverbot ohne Verschlagnahme wurde die Versorgung der Konsumenten mit Kartoffeln lahmgelähmt. Unseres Wissens hat auch die Stadt Höchst nicht soviel Kartoffeln bekommen können, wie notwendig waren. Der Konsumverein und die Kartoffelkasse waren gezwungen, die Lieferungen einzustellen. Es fehlen rund 3000 Zentner Kartoffeln. Allen in Erinnerung ist wohl noch die Bitte des Herrn Landrats an die Landwirte, dem in Höchst stationierten Erntebataillon doch ja die Kartoffeln zu liefern. Die breiten Massen können sich kaum noch an Kartoffeln satt essen. Warum wird hier nicht energischer zugegriffen? Warum werden im Kreise Höchst die Kartoffelbestände einer Nachprüfung nicht unterzogen? Müßten die teuren Früchte erst — wie im Vorjohre — verfaulen? Mit der Milchversorgung steht es nicht besser! Bei der jetzigen Mißwirtschaft bekommen diejenigen Haushaltungen, die aus Mangel an Mitteln bisher nur noch einen Schoppen kaufen konnten, vom Händler einfach gar keine Milch mehr. Denn die „bessere“ Kundschaft will der Händler nicht verlieren. Deshalb wird in Höchst die Butterkarte nicht allgemein eingeführt, auch für die besser situierten Gesellschaftskreise? Was 5 und noch mehr Pfund Fleisch bei den Weibern auf einmal kaufen kann, der bekommt aus 2—3 Pfund Fett, wie arme Frauen verheißentlich beobachten konnten. Das Gedränge vor und in den Metzgerläden nach Fett ist hier nicht geringer wie in der Großstadt. Sieht man etwa auch die Frauen der „besseren“ Stände stundenlang vor dem Laden stehen, um sich 1/4 Pfund Fett zu erobern? Die Arbeiterfrauen sind durchweg der Meinung, daß nur mit Mühe auf diese reichen Leute nicht geschickt, was notwendigerweise geschehen mußte. Es gibt auch in Höchst Metzgermeister, die obendrein die Frauen noch verhöhnen. So erlaubt sich der Metzger Schar, in der Hauptstraße zu den Frauen zu sagen, sie sollten „in die Pfanne kochen...!“. Wer kein Fleisch kaufen kann, bekommt bei Metzger W. überhaupt kein Fett, obwohl solches vorhanden ist. Die Leute, die auf Grund ihrer finanziellen Verhältnisse in der Lage waren, sich ordentlich mit Speck und Dauerware einzudecken, die können die Gefühle der Brotkardier nicht empfinden, die den Bogen voll Kartoffeln gesteckt bekommen und trotzdem noch Hunger spüren. Dabei müssen sie sich noch öffentlich ableiten lassen, daß sie selbst schuld daran seien, wenn alles so teuer ist, denn nichts sei ihnen gut genug. Jede Frau trachte beim Fleischkauf möglichst danach, ein mageres oder mindestens durchnähtes Stück zu bekommen, was zur Folge habe, daß der Speck nicht so abgeht wie man es wünsche. Anher: ein höherer Beamter in einem Gehirnschlag bei Metzger Krebs in Gegenwart von Frauen. Die „Wässerung“ erkennt sichtlich an, wenn etwas geschieht, was die traurige Lage zu erleichtern hilft. Bis jetzt liegt aber noch kein Anlaß vor, den Regierungs- und Konsumbehörden Lob und Dank für die ergriffenen oder nichtergriffenen Maßnahmen zur Linderung der Lebensmittelnot zu spenden. Lobeshymnen dürfen jetzt wohl Landwirte, Spekulant, Müllmaschinenindustrielle und sonstige Agrarinteressen singen, die Arbeitslosigkeit nie und nimmer! Wenn heute etwas bewundernswert ist, so ist es die Geduld der werktätigen Bevölkerung, die wahrhaftig eine harte Belastungsprobe erfährt.

Schwanheim a. M., 11. März. (Wahlen.) Die Graun- und Graunwahlen zur Gemeindevertretung finden statt: am Mittwoch den 15. März, nachmittags von 2 bis 6 Uhr für die dritte Wählerklasse bei Gastwirt Senninger, am Donnerstag den 16. März, nachmittags von 3 bis 6 Uhr für die zweite Wählerklasse im Saalbau Nr. 8 der Schule Hauptstraße, am Freitag den 17. März, nachmittags von 5 bis 6 Uhr für die erste Wählerklasse im Zimmer 5 des Rathauses. Es scheiden aus der dritten Abteilung Schloßmeister Joh. Josef Schaubert und Schriftführer Jakob Vera, aus der zweiten Abteilung Kaufmann Peter Den und Gastwirt Ferdinand Collorens, aus der ersten Abteilung Generalkonstul C. von Weinberg und Malermeister Peter Starckmann. Interessant sind die für die Wählbarkeit in den einzelnen Abteilungen erforderlichen Steuergrößen, die gerade hier in Schwanheim das Gesicht des Dreiklassenwahlrechts am deutlichsten mit beleuchten. Zur dritten Abteilung gehören die Wähler mit weniger als 84,61 Mark, zur zweiten die mit einem Steuerfah von 84,61 und 194,64 Mark, und zur ersten Abteilung die Bürger mit einem Gesamtsteuerertrag von 119 266,44 Mark. Mit letzterem Betrage müssen 100 Arbeiter zusammen ihr Leben fristen.

Münster i. F., 10. März. (Verurteilung eines Revisions.) Die Witwe Ricmann und ihre Tochter waren zu Gefängnisstrafen verurteilt worden wegen fahrlässiger Tötung. Die Tochter verurteilte sich bei dem Urteil, die Mutter aber meldete Revision an. Das Reichsgericht erwog, daß, wenn die Tochter bei ihrer Niederkunft keinerlei Vorsorge getroffen und auch keine Gebarmen zugezogen hatte, ihre Mutter zum Eingreifen verpflichtet gewesen sei. Nach dieser Rechtsauffassung wurde die Frau wiederum zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und zugleich zur Begnadigung empfohlen.

Bab Rauhheim, 10. März. (Ermittelte Diebstehende.) Die vor zwei Monaten aus dem jetzt leeren Hotel Kaiserhof gestohlenen Lebensmittel und Gebrauchsgüter im Werte von etwa 10 000 Mark, wurden in der Wohnung des Kupferhändler Barg aufgefunden, wo sie im Laufe der Zeit in den Keller und im Garten vergraben waren. Die auf die Entdeckung des Diebstahls ausgelegte Belohnung fällt der Polizei zu.

Idstein, 10. März. (Steuerfreiheit.) Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wurden die hiesigen Kriegsteilnehmer mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mark von der Zahlung der Gemeinde-Einkommensteuer für 1915 befreit.

Darmstadt, 10. März. (Betrug beim Kaufhandel.) Wegen versuchten Betruges hat das Landgericht Darmstadt am 21. Dezember v. J. den Handelsmann Benjamin Wolf zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte eines Tages von einem Bauern eine Kuh für 300 Mark gekauft, welche, da sie sich einen Nagel in den Fuß getreten hatte, hinkte. Dies war dem Angeklagten bei Kaufabschluss aus dem Munde gesagt worden. Einige Zeit später, nachdem er die Kuh mit sich fortgeführt und bereits wieder verkauft hatte, schrieb er an den Bauern, die Kuh sei nicht brauchbar gewesen und er habe sie schlachten müssen. Der Bauer hätte ihm den kranken Zustand der Kuh beim Verkauf verschwiegen, also betrogen, weshalb er wenigstens 100 Mark von dem Kaufpreis zurückverlange. Der Bauer ging jedoch darauf nicht ein. Als der Angeklagte schließlich mit einer Anzeige wegen Betrugs drohte, war der Bauer bereit, ihm 80 Mark zurückzugeben. Zur Auszahlung des Geldes kam es jedoch nicht. Der Angeklagte hatte also die Absicht, sich durch die Vorbestellung, er habe die Kuh schlachten müssen, einen Teil des Kaufpreises zurückgeben zu lassen. Er hatte also einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erlangt. Da es zur Auszahlung des Geldes nicht kam, blieb es nur bei einem Betrugsversuch. In seiner Revision behauptete der Angeklagte, es sei nicht erwiesen, daß er die Absicht gehabt habe, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Auch behauptete er sich über die Nichternehmung eines Sachverständigen. Das Reichsgericht verworft indessen die Revision als unbegründet.

Köthen a. d. Saale, 11. März. (Unglücksfall.) Im Beisein der 79 Jahre alte Schuhmachermeister Johann Rhode, ein bekannter Handwerkermeister, in der Dunkelheit vom Wege ab, stürzte in die hochgehenden Fluten des Mühlgrabens und ertrank.

Limburg, 10. März. (Schwurgericht.) Der berufslose Wilhelm Eckard, geboren 1869 in Weslar, ein vielfach vorbestrafter Mensch, der von Frau und Kindern getrennt lebt, geriet am 7. Februar mit dem Arbeiter Heinrich Diez in Weslar wegen einer geringfügigen Streit, in dessen Verlauf der Angeklagte ein Bügelbrett nahm und dem Diez zweimal auf den Kopf schlug. Diez starb an den Folgen der Verletzung. Wegen Totschlags wird Eckard zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Der Landbesitzer Hermann A. in Limburg hat 245 Mark unterzahlt und die Quittungen und Annahmehabener gestrichelt. Er ist gefällig. Urteil: ein Jahr Gefängnis.

Marburg, 11. März. (Ersttötung.) Bei dem Dorfe Homborn wurde der 66 Jahre alte Tagelöhner Pieger erstochen aufgefunden.

Neues aus aller Welt.

Für die Herren Dichter bringt die „Köln. Sta.“ folgende Notiz: Als der Fliegeroffizier Böcke verhaftet wurde, und die Zylinder der Sonnenblätter sich auf ihn mit Versehen stürzten, da machte es der dichterische Körpergeist notwendig einmütig auf seinen Namen das Wort Gewölke zu reimen. „Sieh, da naht durch das Gewölke...“ Diesen Reim wird kein Generalkommando verbieten dürfen, denn der Reim ist richtig. Doch scheint es an der Zeit, da wir in dem Großen Dohna-Salodien einen neuen fangbaren Helden haben, vorzugeben, daß nun (wie einst auf Böcklin) auf seinen Namen Worte wie Melodien und Gernlein gereimt werden. Denn dieser Reim wäre falsch. Das Wort Salodien, Name eines ostpreussischen Herrenhofes, hat seinen Ton auf der ersten Silbe; außerdem spricht sich das i wie j aus. Wenn also, meine Herren Sonntagsdichter, notwendig gereimt werden muß, so läßt sich als einziger bestehender Reim (vielleicht in sinnreicher Anspielung auf die erdmetten Goldborren) lediglich das Wort „Melodien“ empfehlen.

Gaskoplon. Von Norden Berlins, in der Neuruppiner Straße, kam es gestern zu einer schweren Gaskoplon, bei der eine Zimmerdecke durch die Gewalt des Luftdruckes durchschlagen wurde, so daß die Möbel aus der oberen Wohnung in die untere herabstürzten. Zwölf Personen wurden verletzt.

Glühahn-Unfall. Am Sorpensee in Westpreußen brachen vier Mädchen durch die eiserne Eisbede. Die 20- und 13-jährigen Geschwister Leckinski und die 14-jährige Maertin ertranken. Das Dienstmädchen Leck wurde von dem Stallknecht Maertin unter großer Lebensgefahr gerettet.

Die zunehmende Frauenarbeit und die Arbeiterbewegung.

In der Frankfurter sozialdemokratischen Frauengruppe hielt dieser Tage Genossin Hammerlag (Frankfurt a. M.) einen Vortrag über unsere Stellung zur Zunahme der Frauenarbeit, der sich grundsätzlich mit der wichtigen Frage auseinandersetzt, wie sich in der nächsten Zeit das Verhältnis zwischen Männer- und Frauenarbeit stellen wird.

Der Sozialismus, so führte Genossin Hammerlag aus, beruht auf einer Erkenntnis der Tatsachen und darauf, daß er der Entwicklung und Veränderung dieser Tatsachen folgt, das heißt, daß er sich nicht auf die Forderungen für eine praktische Tätigkeit aufbauen kann, wenn die Tatsachen nicht so geben, wie er es gewöhnlich hätte. Diese Rücksichtlosigkeit und Wachsamkeit brauchen wir jetzt, um beurteilen zu können, wie sich in der nächsten Zeit das Verhältnis zwischen Männer- und Frauenarbeit stellen wird.

Bisher waren auch die deutschen Arbeiter und Gewerkschaften genötigt, folgenden anzunehmen: Die Hauptlast der Arbeit trägt der Mann. Die Frau kommt als Arbeiterin nur dort in Betracht, wo sie noch lebhaft ist und wo die Frau der Männer zur Verfügbung der Arbeit nicht zureicht. Im übrigen ist der eigentliche Wirkungskreis der Frau, vor allem der verheirateten, die Familie. Es ist in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht besser, sie leistet Hausfrauenarbeit; das heißt, sie sucht mit dem Verdienst des Mannes alle die Bedürfnisse zu befriedigen, die der Mann und die Kinder an Wohnen, Ernährung, Kleidung und Unterhaltung haben, als daß sie außerhalb des Hauses dem Erwerb nachgeht. Die verheiratete Frau

also soll all ihren Aufwand, all ihre Arbeitskraft darauf verwenden, wie sie möglichst sparsam diese Bedürfnisse befriedigt. Nicht die Fähigkeit, durch den Erwerb den Rahmen dieser Sparsamkeit zu erweitern, wird als das Wichtigste angesehen, sondern die Fähigkeit, mit möglichst geringen Mitteln auszukommen, mit möglichst kleinen Ausgaben dem Mann und Arbeiter ein gemächliches Dasein zu bereiten. Dieser Sparfähigkeit der Frau wurde ein großes Gewicht beigelegt, ihr Recht oder Nichtrecht ist für die Frau aus den Arbeiterkreisen wichtiger, als die Fähigkeit, draußen in dem Erwerbsleben sich eine Stellung zu erringen und zu behaupten, und so durch Vermehrung der Einkünfte die Möglichkeit der Ausgaben zu erhöhen. Für die unterbezahlte Frau gab man allerdings das Recht der Erwerbsarbeit zu, denn man hatte ja für ihre Arbeit in der Familie gar keinen Platz mehr, oder doch nur in den seltensten Fällen. Aber immer wurde diese Arbeit der ledigen Frau als eine vorübergehende betrachtet, als etwas, was mit der Zeit aufhören hat. Mühte dann allerdings die verheiratete Frau nach eifrigen Jahren der Hausfrauenarbeit doch zum Erwerb zu treten, so war das ein bedauerndes Ereignis, was nur in unserer mangelhaften Gesellschaftsordnung begründet war. Der Satz, daß der Mann so viel verdienen muß, daß seine Frau nicht zur Erwerbsarbeit zu gezwungen wird, beherrschte die Köpfe der Arbeiter und der Gewerkschaften. Er trägt die Schuld daran, daß die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf die Frauenarbeit nicht intensiv genug war, denn er ist ja voraus, daß durch eine gute Organisation der Männer, die ein höheres Gehalt des Arbeitslohns zur Folge hat, die Erwerbsarbeit der Frau wieder verschwinden oder doch auf das sogenannte unumgängliche Maß zurückgebrängt wird.

Dah innerhalb unserer heutigen Gesellschaftsordnung Kräfte am Werke sind, die diesen Wünschen der Männer entgegen wirken und die die Möglichkeit eröffnen, das Einkommen der Familie zu erhöhen, ohne daß der Mann die Last dafür allein tragen muß, überläßt man. An der Spitze dieser Kräfte steht die Verbesserung der Technik, die immer mehr Frauenarbeit, selbst bei schwierigen Verhältnissen, möglich macht; ferner die zunehmende Arbeitsteilung, die durch Verlegung der Arbeitsvorgänge in einfache Teilarbeiten die Verwendung ungeschulter Kräfte in stärkerem Maße möglich macht, und schließlich die fabriks- und gewerksmäßige Herstellung zahlreicher Bedarfs- und Gebrauchsgüter, die bisher in der Hausarbeit hergestellt wurden, deren industrielle Erzeugung aber jetzt die Hausarbeit der Frau nach dieser Richtung überflüssig macht.

Auf der andern Seite ergab sich ein steigender Lebensbedarf von Frauen, die in der Ehe keine Versorgung finden können. Die Klösung vieler hauswirtschaftlicher Arbeiten durch die Industrie machte zahlreiche hauswirtschaftliche Kräfte frei. Endlich erschien es volkswirtschaftlich nützlich, daß die Frauen sich nicht bloß der untergeordneten Tätigkeit des Sparens und Einstellens innerhalb der Familie widmen, sondern vielmehr zur Vermehrung des Familieneinkommens dadurch beitragen, daß sie ihre Erwerbsanlagen besser entwickeln und für den Erwerb der Familie nutzbar machen. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung kommt dieser Entwicklung der Frauenarbeit entgegen; denn es liegt in ihrem Profitinteresse, die Arbeitsveranlagung aller Arbeitstätige zu entwickeln, also auch den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich in der Erwerbsarbeit immer besser auszubilden. Nebenher geht das Interesse des Kapitalismus an billigen Arbeitskräften. Solange die Arbeiter und die Gewerkschaften nicht durchgegriffen haben, daß jede Frau volle Erwerbsmöglichkeit zu gleichen Bedingungen wie der Mann hat, werden die Frauen immer die billigeren Arbeitskräfte bleiben, weil sie nicht unter dem gleichen gewerkschaftlichen und staatlichen Schutz wie die Männerarbeit stehen. Daraus ergibt sich, daß das Bestreben der Arbeiter, die Frauen möglichst bei der Hausarbeit festzuhalten, die durch die Entwicklung der Industrie immer mehr ihres produktiven Wertes entbehrt wird, ein rückwärtiges und beinahe konsequentes Bestreben ist. Denn es scheint die Frau von der Teilnahme an der gesellschaftlichen Entwicklung, die doch nun einmal vorläufig das Kennzeichen unserer fortschreitenden Kultur ist, grundsätzlich ab und schließt sie in den enger und immer enger werdenden Ring der Hauswirtschaft ein, in dem produktive und neue Werte schaffende Arbeit immer weniger Platz hat. Ist es nicht in der Tat eine Verhöhnung der Frau, sie lediglich auf das Erzielen von Ersparnissen und funktvollen Einteilungen des Männerlohns zu verweisen, statt sie zur Herstellung von neuen Arbeitswerten heranzuziehen? Außerdem gibt das Bestreben der Arbeiterkammeradvisen zwischen Mann und Frau dem Kapitalismus immer neue Mittel an die Hand, die Frau billiger zu kaufen und damit den Lohn des Mannes zu drücken. So schafft sich der Mann letzten Endes durch die Verweigerung der Frau auf die bloße Hauswirtschaft selbst ein Hindernis für die Verbesserung seiner Arbeits- und Lebensverhältnisse. Man mag sich denken und werden wie man will: Mann und Frau gehören gegenüber dem Kapitalismus in die gleiche Arbeit, in die gleichen Arbeitsbedingungen und in die gleiche Organisation und Kampflinie. Das ist unter dem Kapitalismus die Voraussetzung für die Arbeiterkraft, nicht aber die Einschließung der Frau in die Familie.

Der Krieg hat diese Dinge noch viel härter als vorher in die Erscheinung treten lassen. Er brachte, weil die Männer ins Feld mußten, eine ungeheure Vermehrung der gewöhnlichen Frauenarbeit, auch der verheirateten, also dasjenige, was man so lange hätte vermeiden wollen. Die Lebensverhältnisse dieser neuen weiblichen Arbeitsarmee waren zunächst keine besonders günstigen. Allmählich besserten sie sich etwas, auch mit Hilfe der Gewerkschaften. Aber davon, daß die Kriegsfrauen an der Arbeit den gleichen Lohn bekommen für die gleiche Arbeit, wie die Männer verdienen, ist noch lange keine Rede. Damit besteht die große Gefahr der Verdrängung der Arbeitsverhältnisse für die aus dem Heide heimkehrenden Männer. Sollte dieser Gefahr nicht viel energischer begegnet werden?

Allerdings behindern auch noch manche Erscheinungen den Übergang der Frau aus gewöhnlicher Erwerbsarbeit. Vor allem ihre mangelhafte Ausbildung. Bei dieser spielt aber wieder die rein hauswirtschaftliche Tätigkeit eine verhängnisvolle Rolle. Frauen, die bisher nur Dienstmädchen oder Hausmütter waren, finden am schwierigsten lohnende Erwerbsmöglichkeiten. Sie sind die Erwerbsarbeit mit ihren eigentlichen Anforderungen an Einordnung und Disziplin, sowie Zusammenarbeit nicht gewöhnt. Es zeigt sich, daß die bloße Hauswirtschaft immer ungenügender zur Vorbereitung auf den etwa notwendig werdenden Übergang in die industrielle Beschäftigung wird. Die Frauen müssen über kurz oder lang die hauswirtschaftliche Ausbildung als ein Hemmnis des Vorrückens empfinden. Man wird die hauswirtschaftliche Vorbereitung geringer einschätzen und die berufliche höher. Man wird Anstalten zur Regelung der beruflichen Ausbildung auch für Frauen treffen, z. B. eine regelrechte Lehre und Begeisterung einrichten, den gewöhnlichen Fortbildungsausschüssen für Frauen vermehren und verbessern und andererseits Nachhilfe für weibliche Arbeiterinnen einrichten, wie sie der industrielle Sachverstand Direktor v. Nippel bei der Reichsanstalt für Frauenberufung in Leipzig gefordert hat.

Wie ferner die Frauenarbeit volles für das proletarische Bewußtsein und die Selbstachtung der Arbeiterin ist, zeigt sich übrigens sehr schon bei den Kriegserntinnen und wird sich später bei allen Arbeiterinnen in noch erwerbsfähigem Alter zeigen. Bekanntlich geraten zahlreiche Kriegserntinnen durch den Wegfall des Männerverdienstes in große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wie sollen sie diese dauernd überwinden und sich selbst und ihre Kinder wirtschaftlich durchbringen? Sollte man diese Frauen in der Regel und ausschließlich auf öffentliche Unterstützung verweisen, wie es auch heute noch viele Arbeiter und Gewerkschaften tun, so würde man eine Generation von Arbeiterfrauen großziehen, die sich lediglich auf das Empfangen und das Erzielen möglichst reichlicher Unterstützungen eingestellt hat. Es liegt auf der Hand, daß dies auf das proletarische Bewußtsein und das Selbstgefühl dieser Frauen sehr nachteilig einwirken muß. Sie werden Rentenempfängerinnen, die lediglich von Göttern und fremder Hand leben und hören auf, selbstbewußte Kämpferinnen in der Arbeiterbewegung zu sein. Sie werden Handbatterien für die schlechtest bezahlte Arbeit und namentlich für die elend entlohnte Heimindustrie, in der sie bekanntlich kaum

zu organisieren sind. Ganz anders ist es, wenn die Arbeiterbewegung die Notwendigkeit der Frauenarbeit mit möglichst gleichen Bedingungen, wie die der Männer, durchsetzt. Dann lernen auch die verwitweten Arbeiterinnen das Eintreten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, sie werden Kämpferinnen des Mannes und steht nicht unter dem demoralisierenden Einfluß eines Unterstützungssystems, das sie abhängig von der kapitalistischen Gesellschaft macht, ihre Energie bricht und sie dabei nicht entfernt dasjenige an materiellem Wohlfühlen verliert, was ihre Erwerbsarbeit bringen kann. Das beobachtet man jetzt schon vielfach bei den Kriegsfrauen, die gewöhnlich zu arbeiten sich entschließen, während sie zum Teil noch in Kriegsunterstützung stehen. Man kann für die meisten solcher Frauen ziffernmäßig ausrechnen, daß sie sich bei Erwerbsarbeit umgekehrt besser stellen, als bei hoher Unterstützung, selbst wenn ein Teil des verdienten Lohnes auf die Unterstützung angerechnet wird. Die Kriegsunterstützung allein dürfte bei einer durchschnittlichen Rente von zwei bis drei Markten allerhöchstens 90 bis 100 Mark für eine Kriegsfrau betragen. Dagegen liegt jetzt schon fest, daß arbeitende Frauen mit Lohn und Unterstützungenrente auf 140 bis 160 Mark monatliche Einnahmen kommen. Ihre Einkommensverhältnisse sind also denjenigen der Unterstützten weit überlegen, die Lebenshaltung kann höher sein, und das Selbstbewußtsein wird dadurch gehoben, daß die Frau nicht mehr allein von der Rentenzahlung abhängig ist. Daselbst gilt in der kommenden Friedenszeit auch für die Arbeiterinnen in erwerbsfähigem Alter überhaupt. Sie bekommen zwar ebenfalls Renten aus der Arbeiterversicherung; aber auch diese reichen nicht entfernt zur Führung eines kulturellen Lebens. Ist dabei nur die durchschnittliche Zahl von zwei Kindern vorhanden, so wachsen die Kinder sehr schnell aus der Rente heraus, und die ältere geborene Frau ist auf einen geringeren Rentenbezug angewiesen. Sie braucht also die Erwerbsarbeit doppelt notwendig.

Denn deshalb die Frauen allmählich in immer größerer Anzahl sich der Erwerbsarbeit zuwenden, so ist dies auch dem Männerstandpunkt aus nicht zu befehlen, sondern noch aus einem letzten volkswirtschaftlichen Grund sehr zu begrüßen. Wir wissen bereits, daß die Steigerung des Verbrauchs der Arbeiterbevölkerung, die aus höheren Löhnen herrührt, außerordentlich fördernd auf die Steigerung der Produktion einwirkt. Wenn 1000 Arbeiter im Jahre auch nur 100 000 Mark mehr verdienen, so kaufen sie für sich und ihre Familien weit mehr Bedarfs- und Gebrauchsgüter, als etwa eine einzelne Arbeiterin, der in demselben Jahre die 100 000 Mark mehr Profit macht. Er wird seinen Mehrverdienst vielleicht ganz oder zum größeren Teile in Kapitalanlagen festlegen, folglich nicht für Verbrauch und erhöhte Nachfrage nach Produkten verwenden. Diese Nachfrage allein sichert eine gesunde Steigerung der Warenherstellung, während hohe Kapitalanlagen zur Überproduktion, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit führen können. Allerdings können auch Arbeiter diesen Weg gehen; wenn z. B. die genannten 1000 Arbeiter ihre 100 000 Mark Mehrverdienst sämtlich in Sparanlagen anlegen würden, dann hätten sie ebenfalls nur zur Kapitalanhäufung beigetragen und neue Mittel für ihre eigene Ausnutzung geschaffen. Die Kleinbürgerliche Sparanficht mancher Arbeiterkreise geht diesen Weg. Eben deshalb ist es so notwendig, die Frau lediglich auf das Sparen und Einsteilen im Haushalt zu verweisen. Es ist jedoch anzunehmen, daß von jenen 1000 Arbeitern die Mehrzahl aus dem neuen Arbeitsverdienst erhöhte Warenanforderungen macht. Durch diese bezeichneten Bedürfnisse werden neue Erzeugnisse geschaffen und die Volkswirtschaft erweitert und gefördert. Das gleiche gilt aber für die Kräfte von Frauen, die zur Erwerbsarbeit werden können müssen. Wenn sie künftig mit dem Mann zusammen 200 Mark im Monat verdienen, während früher der Mann allein bestenfalls 100 bis 120 Mark nach Hause brachte, so steigt die Nachfrage der Familie nach Waren und Gebrauchsgütern fast um jene ganzen 80 Mark Mehrverdienst, weil bei 100 bis 120 Mark Monatsverdienst noch zahlreiche Unterbringungen getragen werden mußten. Die zunehmende Frauenarbeit befördert also auch die Ausdehnung der Produktion und schafft für diese einen stärkeren Markt. Dieses Ergebnis kommt aber durch größeren Umfang und größere Vielfalt der Produktion auch den arbeitenden Männern zugute. Konsequenz ist natürlich immer, daß sich Männer und Frauen kräftig gemeinsam organisieren und auf gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen halten. Das ist der Anfang und das Ende aller Schwermertigkeiten, die die Zunahme der Frauenarbeit für die Männerwelt zu machen scheint.

Damit bin ich am Schluß. Die Arbeiterbewegung hat früher auf ihrem Programm das „Recht auf Arbeit“ gehabt. Das war in der Zeit, in der man gegen die Reize des Fortschritts und der Ausdehnung mancher Bevölkerungsschichten von gewissen Beschäftigungsmöglichkeiten kämpfte. Die Kämpfe von 1848 bis zur sozialistischen Bewegung setzten sich noch für „das Recht auf Arbeit“ ein. Angewachsen hat der entwickelte Kapitalismus die vollkommene Selbstverwirklichung hergestellt und die Arbeiterforderung „Recht auf Arbeit“ überflüssig gemacht. Deshalb sollte jetzt die Arbeiterbewegung auch den Frauen das Recht auf Arbeit nicht zu bestreiten suchen und nicht hinter dem Kapitalismus zurückbleiben. Es gilt nunmehr, gegen die Unterschiede in der Ausnutzung Stellung zu nehmen, die der Kapitalismus in der Beschäftigung von Mann und Frau macht, indem er die Frau infolge ihrer mangelhaften Ausbildung geringer wertet, als den Mann. Die Arbeiterbewegung wird nicht in den Fehler früherer Zeiten verfallen wollen, indem sie die Frau nach Möglichkeit von dem industriellen Wettbewerb ausschließt und ihn den Männern vorbehält. Natürlich gibt es große und zahlreiche Lebensverhältnisse bei dem Kampf für Gleichstellung von Mann und Frau. In der Lebensjahrszeit sollte der Mann mit Bezug auf hauswirtschaftliche Dinge an die erwerbsfähige Frau keine höheren Anforderungen stellen, als er selbst zu Hause erfüllt. Wenn beide Teile außerhalb verdienen, müssen sie natürlich versuchen, sich in die übrig gebliebenen hauswirtschaftlichen Geschäfte zu teilen und sie gemeinsam zu tragen. Auf der anderen Seite muß die Frau, wenn sie Erwerbsarbeit außerhalb des Hauses verrichtet, die Hauswirtschaft mit dem Mann nicht verlernen und ihr Leben darauf einstellen, daß die Erwerbsarbeit nicht jede Gemeinschaft mit Mann und Kindern auflöst. Beide aber haben darauf zu achten, daß die Einrichtungen, die jetzt und weiter zur Erhaltung des Haushalts geschaffen sind und werden, voll ausgenutzt und unter der Kontrolle der Arbeiterkraft gestellt werden. Damit ist die Veranlassung von Kinderkrippen, Kinderhorten, guten Volksschulen, Reformatoren und zweckmäßiger Wohneinrichtungen usw. gemeint. Schließlich muß der Mutterfahne wirksamer als bisher entgegengetreten und die Unterbrechung der Erwerbsarbeit durch die Mutterfahne besser sichern und mit Vorsorgemaßnahmen umgeben. Wenn die Frauen für den unbedingten Zugang zur Erwerbsarbeit nach diesen Gesichtspunkten eintreten, so arbeiten sie nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen der Männerwelt und vor allen Dingen für die Gleichheit und Einheit der Arbeiterbewegung, die mit den Umwälzungen im Wirtschaftsleben rechnen muß und sie auszunutzen hat zu Fortschritten für die Kultur der männlichen und weiblichen Arbeiterkraft.

Wiesbadener Theater.

Neudorf Theater.
Sonntag, 12. März, 7 1/2 Uhr: „Die einsamen Brüder“.
— 7 Uhr: „Die Liebesinsel“. Neudorf!
Montag, 13. März, 7 Uhr (zum 60. Male): „Als ich noch im Jünglingsalter...“
Dienstag, 14. März, 7 Uhr: „Die Liebesinsel“.
Mittwoch, 15. März, 7 Uhr: „Der Gatte des Präfekten“.
Donnerstag, 16. März, 7 Uhr: „Die seltsame Erzählung“.
Freitag, 17. März, 8 Uhr (Vollvorstellung): „Die große...“

Königliches Theater.

Sonntag, 12. März, 6 1/2 Uhr: „Die Engländer“.
Montag, 13. März, 7 Uhr: „Die Helden auf Seeland“.